

**Paulette Lenert**

## ***Mehr Mut zu sozialer Gerechtigkeit!***

*Die soziale Emanzipation muss im Rahmen einer sozial-ökologischen Transition weiterentwickelt werden – das macht den Unterschied!*

Das Gefühl für Gerechtigkeit haben die Menschen von Natur aus inne. Schon die Kleinkinder haben ein gutes Gespür für Ungerechtigkeit und entrüsten sich spontan, wenn mal ein Stück vom geteilten Kuchen deutlich kleiner ausfällt.

Vielen Menschen in Luxemburg geht es – im Vergleich zu anderen Ländern - wirtschaftlich noch gut. Doch die Anzahl derer, die trotz tagtäglicher Arbeit riskieren, nicht mehr über die Runden zu kommen, steigt, während andererseits das Vermögen einer kleinen Minderheit stetig wächst. Im Sozialpanorama 2023 der Chambre des Saliariés wird klar auf die wachsenden Ungleichheiten in Luxemburg aufmerksam gemacht. Unser Land hat es wohl geschafft, in wirtschaftlichen Fragen gute Noten zu schreiben, jedoch stellt sich die Frage der Kosten und wer diese Kosten trägt. Laut dem Fazit unseres Statistikamtes (STATEC) wäre deshalb, auf lange Sicht, der soziale Zusammenhalt bedroht.

### **Die Bandbreite der anstehenden Herausforderungen fordert geballte Innovationskraft und vor allem zielorientiertes Handeln im Sinne des Gemeinwohls**

Denn wenn immer mehr Menschen das Gefühl haben, trotz geleisteter Arbeit abzurutschen, entsteht ein berechtigter Vertrauensverlust in die Politik und ihre demokratische Legitimität. Erreicht die Angst vor dem Abstieg die Mittelschicht, dann wird diese zunehmende Unsicherheit nicht nur den sozialen Zusammenhalt gefährden, sondern auch zusätzlichen Nährboden für Desinformation, Populismus und letztlich lähmenden und gefährlichen Frust bieten.

Gerechtigkeit ist deshalb wesentlich für den Erfolg einer Gemeinschaft. Arbeit soll sich für alle lohnen und ein gutes Leben ermöglichen – und dies nicht nur für eine kleine Minderheit. Es gilt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität in Luxemburg zu stärken.

Das gegenwärtige Jahrzehnt stellt Europa und die ganze Welt vor gewaltige Herausforderungen. Diese können wir nur gemeinsam meistern. Auf der ganzen Welt machen sich zurzeit Menschen Gedanken darüber, wie wir unseren Planeten schützen, die Biodiversität erhalten, die Klimakrise ausbremsen und gleichzeitig unsere Demokratien vor inneren und äußeren Gefahren schützen. Ein Vertrauensverlust auf der Ebene der sozialen Gerechtigkeit sollte gerade deshalb niemanden kalt lassen.

Mit Blick in die Zukunft wird es viele gemeinsame Anstrengungen brauchen: Für viele Menschen und Unternehmen bedeuten die aktuellen Krisen jetzt schon harte Einschränkungen. Vor allem Haushalte mit mehreren Kindern sowie Alleinerziehende sind verstärkt vom Armutsrisiko betroffen und die Tendenz hin zu wachsenden Ungleichheiten ist steigend. Gleichzeitig ist die jüngste Bilanz des Weltklimarates unmissverständlich: Die Menschheit muss schnell und gezielt handeln. Denn selbst wenn ab sofort keinerlei Treibhausgase mehr produziert würden, würde sich der Klimawandel trotzdem auf künftige Generationen auswirken. Nicht umsonst fordern die Forschenden daher ein generelles Umdenken. Wir müssen vieles hinterfragen und resolut neue Wege gehen. Wir müssen überdenken, wie wir Häuser bauen, uns ernähren, Transport organisieren und Energie erzeugen, ohne neue soziale Kluften zu schaffen oder die bestehenden weiter zu verschärfen.

## **Soziale Gerechtigkeit ist mehr als nur ein Grundbedürfnis: es ist die Voraussetzung für eine gute und sichere Zukunft**

Die Idee der sozialen Emanzipation, die zur leitenden Idee der europäischen Moderne wurde, muss also im Rahmen einer sozial-ökologischen Transition weiterentwickelt werden. Und dafür braucht es eine starke Sozialdemokratie! Ohne den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, kann die soziale Frage nicht mehr beantwortet werden. Aber ohne Einbeziehung der sozialen Frage wird ein wirksamer Klimaschutz auch nicht demokratisch umsetzbar sein. Soziale und ökologische Gerechtigkeit gehören für uns zusammen.

Die Bandbreite der anstehenden Herausforderungen fordert demnach geballte Innovationskraft und vor allem zielorientiertes Handeln im Sinne des Gemeinwohls. Und gerade deshalb ist gesellschaftlicher Zusammenhalt unverzichtbar. Kommt neben den drängenden Fragen unserer Zeit das Gefühl eines Gerechtigkeitsdefizits auf, dann bröckelt dadurch notgedrungen das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme. Soziale Gerechtigkeit ist mehr als nur ein Grundbedürfnis: es ist die Voraussetzung für eine gute und sichere Zukunft. Die Zuversicht, die wir jetzt brauchen, entsteht aus dem Bewusstsein, dass wir Einfluss darauf nehmen können, wohin sich unser Leben, unsere Gesellschaft entwickelt.

Kein Land in Europa hat ein solch hohes Maß an Bevölkerungszuwachs über die letzten zwei Jahrzehnte zu verzeichnen wie Luxemburg. Um diesen aktuellen und kommenden gesellschaftlichen Herausforderungen zeitnah zu begegnen, gilt es in erster Linie die richtigen Prioritäten zu setzen und nicht in eine kurzsichtige Sparpolitik zu verfallen. Vor allem braucht es aber auch einen lebendigen, inklusiven und öffentlichen Diskurs. Das Zuhören und das Abwägen von Argumenten, das Finden von Kompromissen und dabei möglichst viele Menschen einbinden und miteinbeziehen – das sind die Grundlagen einer nachhaltigen Demokratie. Die anstehenden Herausforderungen klar benennen und nicht verdrängen, Verantwortung, Respekt und Mitgestaltung fordern und fördern, anstatt auf leere Versprechen und rückblickende Besserwisserie zu bauen, das ist der Weg, der jetzt dringend ansteht. Vor rund drei Jahren hat uns die Pandemie die Zusammenhänge von individueller Verhaltensorientierung, kollektiver Verantwortung und demokratischer Handlungsfähigkeit neu in Erinnerung gerufen. Der politische Diskurs wurde grundlegender: Die politischen Abwägungen und Entscheidungen betrafen uns alle plötzlich ganz unvermittelt und waren sofort in unserem Alltag wahrnehmbar. Für viele Menschen – aber auch für die politischen Akteure – war es die ganz konkrete Erfahrung, wie Demokratie und politische Entscheidungsprozesse unmittelbar mit den eigenen Lebenszusammenhängen und -bedingungen verknüpft sind.

## **Junge Menschen sollten auch politisch mitbestimmen können, denn sie sind die Zukunft der Demokratie**

Wie beim Entstehen des Wohlfahrtsstaates wird auch in Zukunft entscheidend sein, dass die Gestaltung der notwendigen sozialen und ökologischen Transition auf einer sozialen und demokratischen Grundlage erfolgt. Es scheint unumgänglich, dass die Herausforderungen der Zukunft die Entwicklungen vorantreiben und Mut zur Veränderung verlangen. Nun soll hierdurch niemand in Angst verfallen. Jede Veränderung birgt neue Chancen. Wir alle profitieren von einer nachhaltigeren und gerechteren Welt. Unsere Aufgabe soll es sein, die Gesellschaft mitzunehmen. Die Weiterentwicklung demokratischer Partizipation auf Basis von informierter Teilnahme ist dafür unverzichtbar. Und gerade deshalb sollten auch junge Menschen mehr

Einfluss an der Wahlurne bekommen, denn sie sind die Zukunft der Demokratie. Die Bevölkerung Europas wird immer älter und die Frage drängt sich auf, inwiefern unsere Demokratien ihrem Wesen nach dazu neigen, jüngeren und späteren Generationen den richtigen Weg zu ebneten. Ich habe jedenfalls den klaren Eindruck, dass junge Generationen heute verstärkt nach Zukunftsvisionen streben und sich bewusst einbringen möchten, wenn es darum geht, Wege in die Zukunft zu zeichnen. Junge Menschen sollten deshalb jetzt auch politisch mitbestimmen können – demokratische Teilhabe aller Generationen ist wichtig für die Zukunft unserer Gesellschaft. Und deshalb sollte die Zeit jetzt reif sein für ein freiwilliges Wahlrecht ab 16.

Unsere Zeit ermöglicht den Ausblick auf wegweisende Entwicklungen - dank neuer Technologien, die sowohl unser Arbeiten als auch generell unser Leben prägen werden. Es ist Aufgabe der Politik, sich in strategisch relevanten Handlungsfeldern nicht als Angstmacher, sondern als Innovationsbeschleuniger zu positionieren. Investitionen in wichtige Zukunftsfelder sind deshalb kein Luxus, sondern unabdingbar. Im gleichen Maße wie Investitionen, die dem Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle dienen. Luxemburg braucht Schulen, die unserer spezifischen Vielfalt gerecht werden, konsequente Investitionen in eine innovative Gesundheits- und Altersversorgung für alle, genauso wie gezielte Förderungsmaßnahmen für Menschen mit speziellen Bedürfnissen.

### **Der Markt, in seinem Drang nach Profit ist nicht imstande, die Grundbedürfnisse zu garantieren**

Die Befriedigung von Grundbedürfnissen – wie gesunde Ernährung, Wohnen, Gesundheit und Bildung – ist ein Menschenrecht und diese kann nicht allein dem Markt überlassen werden. Der Markt in seinem Drang nach Profit ist eben nicht imstande, diese Bedürfnisse zu garantieren. Die sozialen Gräben vertiefen sich durch die Corona-Pandemie und den anhaltenden Krieg in der Ukraine und seine Konsequenzen. Eine Benachteiligung sozioökonomisch schwacher Gesellschaftsschichten muss deshalb verhindert werden.

Alte Herausforderungen bleiben: Ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, ungleiche Bildungschancen und Partizipationsmöglichkeiten sowie die Risiken kapitalistischer Märkte. Neue Herausforderungen kommen hinzu: Breite gesellschaftliche Zustimmung zu sozial ausbalancierten Klimaschutzmaßnahmen zeitnah herstellen, den Übergang von quantitativem Wirtschaftswachstum zu einer qualitativen, nachhaltigen Entwicklung schaffen, neue sozioökonomische und soziokulturelle Ungleichheiten bekämpfen, den sozialen Einfluss von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz begleiten und insgesamt eine Gesellschaft erschaffen, in der Respekt, gleiche Chancen für alle und Verantwortung im Vordergrund stehen.

### **Bildung ist die Grundlage der menschlichen Emanzipation**

Die Wissenschaft – so zum Beispiel der aktuelle Nationale Bildungsbericht – bringt immer wieder eindeutige Belege, die den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg oder -misserfolg dokumentieren. Ungleichheiten bei den schulischen Leistungen von Kindern, je nach sozialer Herkunft ihrer Eltern, nehmen auch in Luxemburg zu. Doch alle Kinder haben für uns ein Recht auf gleiche Bildungschancen, unabhängig vom Wohnort, der Herkunft oder dem Einkommen der Eltern. Dies ist ein zentrales Ziel der sozialdemokratischen Bewegung seit ihren Anfängen und verlangt immer neue Strategien und Maßnahmen, die zusammen mit dem Lehrpersonal und den Eltern entwickelt werden sollen. Ziel muss es sein, dass jedes Kind, das in Luxemburg aufwächst, seine Talente weiterentwickeln und ausleben kann und somit den individuell bestmöglichen Bildungsweg einschlagen kann. Bildung ist die Grundlage der menschlichen Emanzipation und gleichzeitig die wichtigste Ressource in der Wissensgesellschaft. Die Pandemie hat auch unseren Blick auf den gesellschaftlichen Status von sogenannten „niedrigqualifizierten“

Dienstleistungsberufen verändert (vor allem Pflegeberufe und die Dienstleistungen der sogenannten „métiers essentiels“), ohne die unsere Gesellschaft nicht funktionieren kann. Neben einer materiellen Ungleichheit stellen wir eine unzureichende soziale Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung dieser Berufe fest. Eine rein akademisch-diplomorientierte und somit nur vermeintlich leistungsorientierte Gesellschaftsordnung hat die bedauernde Tendenz, wichtige Dienstleistungen von sogenannten Niedrigqualifizierten (ohne Hochschulabschluss) sozial nicht angemessen zu würdigen. Aber jede Arbeit verdient Anerkennung, verlangt nach Sinn und Wertgefühl. Vor allem wenn Arbeit so offensichtlich zum Allgemeinwohl und zum Funktionieren der Gesellschaft beiträgt. Auch diesen Berufen gilt es deshalb größere politische Aufmerksamkeit zu schenken – und zeitgleich konsequent Möglichkeiten für lebenslanges Lernen auszuarbeiten. Hier muss nicht nur die Sozialdemokratie korrigierend eingreifen. Eine besondere Rolle kommt zusätzlich der Sozialpartnerschaft, also dem außerparlamentarischen Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zu. Gerade in Luxemburg hat sich das Modell der Tripartite oftmals bewährt und erst kürzlich wieder als Instrument zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts bestätigt.

### **Wohnen ist in Luxemburg zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts geworden**

Vor allem braucht es in Luxemburg aber auch eine regelrechte Wohnungsbauoffensive, die nicht an hausgemachten bürokratischen Hürden und Eigeninteressen scheitern darf. Denn Wohnen ist vor allem hier in Luxemburg zur neuen sozialen Frage des 21. Jahrhunderts geworden. Wohnen ist ein Grundrecht und legitimiert im Sinne des Gemeinwohls sehr wohl substanzielle Eingriffe des Staates in einen immer mehr aus dem Gleichgewicht geratenen Wohnungsmarkt. Die bisherigen begrenzten Mittel haben nicht ausgereicht, dieses multikausale Problem, das wir schon seit den 1980er Jahren kennen, endlich in den Griff zu bekommen. Wir benötigen jetzt unter anderem eine Steuerpolitik, die unproduktiven Immobilienbesitz (leerstehende Wohnungen und unbebaute Baugrundstücke) besteuert, während der Erwerb des Eigenheims steuerlich entlastet wird. Die Politik im Wohnungsbau muss vielfältige Maßnahmen umfassen und dynamisch sein, d.h. auf die sich ändernden Rahmenbedingungen auf dem Immobilienmarkt zeitnah reagieren können (Zinsanstieg, Minderung der Bautätigkeit, Preisexplosion bei den Mieten und erste Zeichen für ein leichtes Abflachen der exponentiellen Preisdynamik).

### **Sozialdemokratische Werte geben den Menschen persönliche Entfaltungsmöglichkeiten, Halt und Sicherheit**

Ein starkes Wachstum fordert vorausschauendes und flexibles Handeln. Bezahlbarer Wohnraum, Schulen, Krankenhäuser und Verkehrsinfrastrukturen entstehen nicht im Handumdrehen. Sie erfordern – neben hohen Investitionen und mehr Tempo bei der Umsetzung – auch gründliche, zukunftsorientierte Planungsarbeit, damit sie insgesamt den Herausforderungen dieses Jahrhunderts gerecht werden.

Damit der erwirtschaftete Wohlstand allen Menschen in unserem Land ein gutes und sicheres Leben ermöglicht, brauchen wir sozialdemokratische Werte und Strategien, die den Menschen weiterhin persönliche Entfaltungsmöglichkeiten sowie Halt und Sicherheit geben. Unsere Gesellschaft ist vom Prinzip der Freiheit geprägt und lebt von einer großen kulturellen Vielfalt, aus der wir bisher immer gemeinsam Kraft zu schöpfen wussten.

Die internationale Sozialdemokratie hat in ihrer ganzen Geschichte immer für die soziale Emanzipation des Menschen gekämpft. Auch heute geht es um die Befreiung des Menschen aus technischen, ökonomischen sowie ökologischen Sachzwängen. Die Grundwerte und politischen Leitideen der Sozialdemokratie zielen auf eine Gesellschaft, in der gleiche Lebenschancen, gleiche Mitwirkungsrechte und gleiche Anerkennung

aller gewährleistet sein sollen. Unserem historischen Anliegen des sozialen Ausgleichs und der Inklusion muss deshalb gerade jetzt in diesen bewegten Zeiten zu politischer Wirkung verholfen werden.

### **Konservatismus und liberale Marktpolitik sind definitiv keine Lösung für eine gerechte und nachhaltige Zukunft**

Wir werden aus den jetzigen Krisen gestärkt hervorgehen, wenn wir – sowohl bei uns als auch in Europa – solidarisch zusammenhalten und für unsere Werte zusammenstehen: die Grundwerte einer Demokratie, Werte einer gemeinsamen Zukunft in Frieden, Freiheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Ein selbstbewusstes Europa sollte aus der Not eine Tugend zu machen wissen und den klaren Anspruch erheben, sowohl zum Vorreiter für klimaneutrales Wirtschaften als auch zum Vorbild einer freiheitlichen und gerechten Welt zu werden. Es wird sich lohnen, die Gesellschaft für die grundlegenden Werte eines starken, humanistischen Europas zu mobilisieren, da Freiheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Unsere Zeit braucht Ideen, Pläne und Strategien, die zu unserem Leben, seinen kollektiven Herausforderungen und Bestrebungen passen. Gesundheit, Bildung, Arbeit und Lebensqualität als grundsätzliche Elemente menschlicher Würde müssen in dieser Debatte vorrangig sein. Es gilt jetzt vor allem, die Chancen der technologischen Revolution zu verstehen, die unsere Welt schneller verändert als jemals zuvor. Und allen voran braucht es Mut, Urteilsvermögen und Offenheit gegenüber neuen Lösungsansätzen, denn es wird auch in Zukunft große und schwierige Entscheidungen in allen Bereichen der politischen Debatte geben. Wir stehen vor richtungsweisenden Entscheidungen. Hier benötigt es Weitsicht. Es braucht eine progressive und vorausschauende Politik. Konservatismus und liberale Marktpolitik sind definitiv nicht die Lösung.

In diesem Sinne wünsche ich mir eine möglichst große Teilnahme junger Menschen am politischen Geschehen, ein faires Miteinander und vor allem eine neue Lust auf Zukunft.